

- 1 Die IEA (Internationale Energieagentur) mit Sitz in Paris.** Maria van der Hoeven, Jahrgang 1949, ist seit 1. September 2011 die neue Chefin der IEA. Zuvor arbeitete die Niederländerin lange als Ministerin in den verschiedenen Regierungen von Jan Peter Balkenende, zunächst als Ressortchefin für Bildung; später trieb sie als Wirtschaftsministerin die Liberalisierung des niederländischen Strommarkts voran. Ihre Karriere begann sie als Lehrerin. Die IEA wurde 1973 von wichtigen Industrienationen als Reaktion auf die Ölkrise gegründet. Ihre Mitgliedstaaten müssen strategische Ölreserven bereithalten, die bei einer gefährlichen Verknappung des Angebots angepasst werden können. Die kompletten Vorräte der 28 Mitgliedstaaten belaufen sich auf 4,1 Mrd. Barrel (ein Barrel sind 159 Liter). Die IEA vertritt seit den Ölkrise der siebziger Jahre die Interessen großer Industrienationen - **ein Gegengewicht zur OPEC**, dem Kartell der Ölproduzenten. Es gibt Gespräche über erweiterte Kooperationen - unter anderem mit Ländern wie China, Indien, und Brasilien. Zusammen mit den 28 IEA-Mitgliedern stehen die Staaten für 75 Prozent des weltweiten Energiebedarfs. Die IEA hat immer wieder gesagt, es gebe eine "Atomrenaissance", also den Neubau zahlreicher AKW. **Bis der Übergang ins Zeitalter der erneuerbaren Energien geschafft ist, brauchen wir weiter** eine günstige Alternative. Und das ist - bei allen Fragen, die man sich zur Sicherheit stellen muss - unter anderem nach wie vor die **Atomenergie**. Der Vorgänger Nobuo Tanaka warnte Deutschland vor einem Alleingang beim Atomausstieg. Halten Sie die Entscheidung der Bundesrepublik, bis 2022 aus der Kernkraft auszusteigen, ebenfalls für falsch? **Van der Hoeven: Ich halte den deutschen Weg für riskant.** Derzeit importiert Deutschland Kohlestrom aus Polen und den Niederlanden sowie Atomstrom aus Frankreich - was schlecht für die CO₂-Bilanz ist. Kommenden Winter wird es für deutsche Netzbetreiber schwierig, die Spannung stabil zu halten. Zudem macht der deutsche Atomausstieg Strom in ganz Europa teurer. (Spiegel Online 08.09.2011)
- 2. Die neue Leiterin der Internationalen Energieagentur (IEA), Maria van der Hoeven, verlangt von Deutschland genauere Angaben zum Atomausstieg.** Mit der einfachen Antwort der erneuerbaren Energien werde sie sich nicht zufrieden geben, kündigte sie an. Alle Länder, die sich von der Kernkraft abwenden, müssten ihr eine Frage beantworten, sagte van der Hoeven im Gespräch mit der Nachrichtenagentur AFP: "Wie werden sie die wachsende Nachfrage nach Energie befriedigen, wenn sie eine ihrer Energiequellen aufgeben?" Sie wolle genau wissen, wie kosteneffizient die erneuerbaren Energien seien, wie sie derzeit aufgeteilt seien und wie sie weiterentwickelt werden sollten, sagte van der Hoeven. Deutschland will in den kommenden zehn Jahren all seine Kernkraftwerke stilllegen. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung soll bis 2020 auf mindestens 35 Prozent steigen, bis 2030 dann auf 50 Prozent. (Thüringer Landeszeitung 08.09.2011)
3. Auf bis zu **200 Mrd. €** beziffert Tuomo Hatakka, Chef von Vattenfall Europa beim 6. Deutschen Energiekongress in München. die **Kosten des Atomausstiegs in Deutschland** u.a. für die Steigerung der Erzeugungskapazitäten und den Aufbau neuer Netze. Ebenso wie Hatakka geht auch BASF-Vorstand Harald Schwager von **steigenden Strompreisen und einer wachsenden Abhängigkeit von Stromimporten** aus. (dpa, Marler Ztg. 13.09.2011)
- 4. Bei der Explosion eines Verbrennungsofens für schwach radioaktive Abfälle** (Kleidung von Arbeitern, Metall, Beton) in der Nuklearanlage Marcoule nahe Avignon **kam ein Mensch ums Leben**. Es sei aber keine Radioaktivität ausgetreten. Auf dem Gelände der Anlage Marcoule befinden sich auch drei in den 50er Jahren gebaute Reaktoren, doch diese sind längst stillgelegt. (<http://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/0,1518,785765,00.html>)
5. EU-Energiekommissar **Oettinger warnt vor einer Deindustrialisierung Deutschlands** wegen zu hoher Strompreise. 48 % des deutschen Strompreises gehen auf politische Vorgaben zurück. **Oettinger fordert von der Bundesregierung eine Strategie gegen den Strompreisanstieg** (VDI-Nachr.28.08.2011)
6. Ein **großflächiger, tagelanger Stromausfall würde** nach einer Studie der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) **Berlin ins Chaos stürzen**. Als erstes Bundesland überhaupt nimmt sich Berlin des Themas an - mit dem vom Bundesforschungsministerium finanzierten Projekt "Tanknotstrom", an dem sich Im neben der HWR auch Feuerwehr, Polizei und Charite beteiligen. Nach Auskunft der Deutschen Telekom sind die Übertragungsstationen von Handy- und Festnetz durch bundesweit verteilte Notstromaggregate für 48 Stunden gegen Stromausfälle abgesichert. (Tagesspiegel 02.08.2011)
7. Die **RWE Effizienz GmbH** hat jetzt ihren **1.000sten Ladepunkt für Elektroautos** in Bad Bentheim **in Betrieb genommen**. Elektrofahrzeuge können mittlerweile in 15 europäischen Ländern an den Ladestationen von RWE betankt werden. In 185 deutschen Städten und Gemeinden nutzen Bürger sowie über 90 Unternehmen RWE-Ladetechnik, Rund die Hälfte der in Deutschland öffentlichen und halböffentlichen intelligenten „Stromtankstellen“ stammen von RWE. Spitzenreiter ist mit rund 150 Ladepunkten Berlin. Bundesweit folgen Dortmund (über 70 Ladepunkte) und Essen (über 60 Ladepunkte) Aktivster Partner ist der ADAC, der 39 seiner Niederlassungen mit 78 RWE-Säulen ausgestattet hat. Bis maximal 50 kW kann je nach Ladestationstyp ein RWE-Ladepunkt liefern, während es eine Haushaltssteckdose lediglich auf 2 bis 3 kW bringt. Leistungsfähige Batterien in den Elektrofahrzeugen ermöglichen bereits jetzt Reichweiten von über 100 km. Die erforderliche Strommenge hierfür kann man bei einer entsprechenden Batterie und je nach Ladestationstyp in 30 - 60 Minuten laden. (RWE Newsletter 09.09.2011)